

Die Entwicklung von altersgerechten Wohnquartieren und die gesellschaftliche Wirksamkeit Älterer durch Partizipation

(Beitrag für die Zeitschrift „forum Erwachsenenbildung“ Heft 1/2012, herausgegeben von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V.)

Auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird verstärkt die Forderung nach einer spezifischen Gestaltung von Wohnquartieren laut, die auch älteren Menschen die Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bietet. Ältere sollen dabei als wachsender Teil der Stadtteilbewohnerschaft aktiv einbezogen werden. Ist ein solches Engagement zwangsläufig auf ‚die kleinen Themen‘ im Nahraum beschränkt, wie z.B. die Höhe von Bordsteinkanten und der Mangel an Sitzgelegenheiten oder ergeben sich dadurch auch weitergehende Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Wirksamkeit Älterer?

Ältere als ‚Teil der Lösung‘?

Die Alterung der Gesellschaft in Deutschland wird vielfach mit großen Herausforderungen für die Belastbarkeit der Sozialsysteme, sowie der familiären und der intergenerativen Beziehungen verbunden. Spätestens seit Erscheinen des 5. Altenberichtes der Bundesregierung im Jahr 2005 wird diskutiert, dass der wachsende Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nicht nur Probleme mit sich bringt, sondern dass die Älteren selber ‚Teil der Lösung‘ sein können, sofern es gelingt, diese für mehr bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. Mit dieser Argumentationsfigur wird zunächst einmal die gesellschaftspolitische Verantwortung für das Versagen negiert, den marktorientierten Modernisierungsschub der 70er und den folgenden Jahren nicht durch eine familienfreundliche Förderung flankiert zu haben. Die ökonomische Beschleunigung hat zu enormen Überforderungen bei jungen Menschen geführt, die einerseits ‚mithalten‘ und andererseits auch gerne Kinder großziehen wollen.

Nun ist die Verschiebung der Blickrichtung von den Defiziten im Alter hin zu den Ressourcen des Alters eine grundsätzlich begrüßenswerte Entwicklung. Allerdings ist sie nicht frei von Widersprüchen und ‚Fallstricken‘. Sie ist einerseits eine Chance für die Anerkennung älterer Menschen als weiterhin aktive soziale, kulturelle und politische Akteure. Andererseits birgt sie auch die Gefahr der Zuschreibung einer unmittelbaren ‚Eigenverantwortlichkeit‘, im Sinne von ‚wer nicht fit ist im Alter, hat selber Schuld‘. Dies kommt einer Verschiebung von gesellschaftlicher Verantwortung und staatlicher Fürsorge in den individuellen Bereich gleich (Lessenich 2010). Bereits auf dieser grundsätzlichen Ebene stellt sich die Herausforderung, die richtige Balance zu finden zwischen der Bejahung bürgerschaftlichem Engagements Älterer und der Verneinung eines Rückzugs des Staates aus seiner Aufgabe, Risiken seiner Bürger abzusichern und soziale Fürsorge im Alter zu garantieren.

Veränderte Biografien als Chance für Bürgerbeteiligung

Von ‚dem Alter‘ zu sprechen ist gegenwärtig aus vielfältigen Gründen nicht möglich. Die Menschen in Deutschland werden faktisch älter als frühere Generationen und inzwischen wird in mindestens drei Altersgruppen unterschieden: ‚Junge Alte‘, ‚Menschen mittleren Alters‘ und ‚Hochbetagte‘. Das kalendarische Alter ist allerdings nur eine mögliche Unterscheidung, die von vielen anderen Aspekten, wie z.B. Gesundheit, erlebte Arbeitsbelastung, Geschlecht, Migrationserfahrungen überformt wird. Zunehmend wird der Biografie eine große Bedeutung für die Lebensweise in der nachberuflichen Phase beigemessen. In der Biografie liegt maßgeblich begründet, ob jemand eher nach außen gerichtet lebt und agiert oder sich mehr in das eigene Umfeld zurück zieht. In diesem Zusammenhang ist die Rede von einem „Altern in biografischer Perspektive“ (Böhnisch 2008, S. 272). Sinnvoll erscheint eine Differenzierung zwischen „jenen alten Menschen, die genug gesundheitliches, finanzielles aber auch kulturelles Kapital haben, um im Alter mobile und nahraumübergreifende Lebensstile entfalten zu können, und denen, die auf den sozialen Nahraum und deshalb auf ein verlässliches Milieu angewiesen sind“ (ebenda, 276).

Trotz aller Unterscheide lässt sich die Aussage treffen, dass gegenwärtig eine Generation in der nachberuflichen Phase angekommen ist bzw. auf diese zugeht, die in großen Teilen Nutznießer des Bildungsschubs der frühen 70er Jahre ist, die über Erfahrungen in Aushandeln gesellschaftlicher Konflikte verfügt und die von professionellen Akteuren der Alten- und Bildungsarbeit Zusammenarbeit ‚auf Augenhöhe‘ einfordert (Knopp/Nell 2010). Damit eröffnen sich Möglichkeiten, bürgerschaftliches Engagement mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu verknüpfen.

Altersarmut und neue Differenzierungen

Ein weiteres Moment gilt es zu berücksichtigen: Die Veränderung der Altersstrukturen vollzieht sich in Deutschland auf der Basis einer sozialen Entwicklung, die schon als soziale Spaltung bewertet werden muss. In einer aktuellen OECD Studie wird ausgeführt, dass Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland seit 2000 stärker zugenommen haben „als in jedem anderen OECD Land“ (www.oecd.org/els/social/inequality). Zwar wird der Anteil der Altersarmut in dieser Studie, die bis 2008 reicht, als relativ konstant bewertet, aber die Kommunen vermelden bereits jetzt einen kontinuierlichen Anstieg der Zahl von Anträgen auf Alterssicherung. Dies ist auf dem Hintergrund der kürzeren bzw. nicht kontinuierlich verlaufenden Berufsbiografien der Menschen nicht weiter verwunderlich. Vor sozialer Prekarisierung im Alter bietet auch Bildung nicht mehr in jedem Falle Schutz, denn ein Teil der heutigen Akademikerinnen und Akademiker kann sich nur auf einen vergleichsweise relativ kurzen Zeitraum sozialabgabepflichtiger Beschäftigung mit Rentenwirksamkeit beziehen. Eine heute noch nicht untersuchte Frage ist: Wieweit

wird der Mietanstieg in bestimmten Stadtvierteln der Großstädte dazu führen, Ältere mit hohem kulturellem Kapital aber ohne die entsprechenden finanziellen Mittel zu verdrängen, und wie wird sich dies über den Wohnungsmarkt vermittelt auf die soziale Segregation in den Vierteln auswirken? Hier könnte der von Lothar Böhnisch getroffenen Differenzierung der Lebensstile im Alter eine weitere Variable zugefügt werden: Gebildet, aber durch Armut in der Mobilität eingeschränkt.

Altersgerechte Quartiersgestaltung und das Konzept „Wohnquartier“⁴

Im Kontext der demografischen Prognosen hat das Thema Wohnen im Alter in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Durch eine altengerechte Gestaltung der Wohnung soll ein Verbleib in den ‚eigenen vier Wänden‘ gesichert werden, denn dies entspricht sowohl den Wohnwünschen der Älteren als auch dem Interesse, durch das Prinzip ‚Ambulant vor Stationär‘ die enormen Kosten für Unterbringung in Pflegeheimen zu dämpfen. Immer stärker rückt in diesem Zusammenhang die Aufgabe einer angemessenen Quartiersgestaltung in den Vordergrund, z.B. in den Publikationsreihen der Bertelsmann Stiftung und des Kuratoriums Deutscher Altershilfe. Mit dem Konzept „*Wohnquartier*⁴ – *Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten*“ liegt seit 2006 ein anspruchsvolles Modell vor, das in einem interdisziplinären Verfahren entwickelt wurde, an dem Expertinnen und Experten aus sehr unterschiedlichen Bereichen teilnahmen, u.a. aus der Bauwirtschaft, der Sozialen Arbeit, der kommunalen Verwaltung, der Wissenschaft, aus Kunst und Kultur und bürgerschaftlichem Engagement (Grimm u.a. 2006, 6f.). Bewusst wird hier der Titel „altersgerechte“ und nicht „altengerechte“ Quartiere gesetzt: „Altersgerechte Quartiere sind an der Lebensqualität orientiert. Damit sind sie nicht nur altengerecht, sondern bieten gute Lösungen auch für Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderungen“ (ebenda, 7).

Dieses Konzept aktiver Quartiersgestaltung konnte inzwischen in den Stadtgebieten Essen-Altenessen und Remscheid-Hohenhagen im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojektes erprobt werden (www.wohnquartier4.de). Die hochgestellte 4 im Titel steht für vier Faktoren, mit denen die Beschaffenheit bzw. Ausstattung der Quartiere in den Blick genommen werden: „Wohnen & Wohnumfeld“ – „Gesundheit & Service und Pflege“ – „Partizipation & Kommunikation“ – „Bildung & Kunst und Kultur“. Diese vier Faktoren können sowohl als Analyseschema als auch als Handlungsorientierung von Nutzen sein. Sie stehen dabei in enger Verknüpfung: Ergibt sich zum Beispiel ein Defizit bei der Ausstattung der Infrastruktur im Wohngebiet, konkret der Versorgung mit Lebensmitteln, so kann die Initiierung eines temporären Wochenmarktes durch die Bewohnerschaft sowohl in Teilbereichen Abhilfe beim Versorgungsengpass schaffen als auch zugleich Beteiligung und Kommunikation fördern. Um diese Aktivitäten zu fördern, ist eine professionelle Unterstützung durch ein Quartiermanagement auf drei Ebenen vorgesehen: Gemeinwesenorientierte Soziale (Alten-) Arbeit zur Unterstützung von Bewohnerschaftsgruppen, eine

intermediäre Ebene der Moderation aller Interessen und Entwicklung von Synergien im Gebiet und eine Begleitung auf kommunaler Ebene durch eine oder einen Gebietsbeauftragten, mit ressortübergreifender Kompetenz (Grimm u.a. 2006, 11). Eine solche Organisation eines Quartiermanagements wird vielfach schon aus Kostengründen nicht zu realisieren sein, aber das Konzept öffnet den Blick für die Ebenen, die es zu berücksichtigen gilt.

Partizipation und Kommunikation

Im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms „Aktiv im Alter“ wurden in den vergangenen Jahren in mehreren Städten und Gemeinden Bürgerforen durchgeführt, um die Interessen für gemeinsame Aktivitäten auszuloten. Vielfach ging es dabei zunächst um gemeinsames Erleben, gemeinsame Freizeitgestaltung, mit dem Anspruch, ein offenes Angebot zu schaffen. In weiteren Foren stand die Lebensqualität des Wohngebietes im Vordergrund. Hier hat es sich als hilfreich erwiesen, Methoden der Sozialraumerkundung einzusetzen, wie sie seit langem bereits in der Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt werden. Methoden wie Stadtteilbegehungen, die Arbeit mit Fotodokumentation, das ‚Nadeln‘ von Orten mit Aufenthaltsqualität und Orten, die man nicht gerne aufsucht, können hier sehr gut mit Methoden aus Workshopverfahren kombiniert werden (Knopp 2009).

Anderenorts wurde die Form der Befragung Älterer gewählt und dann die Ergebnisse in öffentlichen Treffen vorgestellt. Bedeutsam bei solchen Aktivitäten ist immer die Frage: Was folgt aus alledem? Was geschieht mit Defiziten sozialräumlicher Beschaffenheit, die im gemeinschaftlichen Agieren identifiziert oder bei Befragungen benannt werden? Kommen Bänke an die Stellen, wo sie zum Ausruhen fehlen? Wird die Beleuchtung verbessert, um Angststrecken zu beseitigen? Ändern sich Routen im öffentlichen Nahverkehr, gibt es neue Fahrpläne? Was wird aus den Mängeln, die hinsichtlich der Präsenz von Gesundheitsangeboten festgestellt wurden? Was können die Menschen selber in Angriff nehmen und wobei stoßen sie an Grenzen? Und: Gibt es eine Kontinuität in der Beteiligung, erhalten Gruppen, die sich im Prozess bilden, personelle Unterstützung, Räume und Sachmittel? Welche Ressourcen können und wollen die Kommunen und Gemeinden für eine Verstärkung von bürgerschaftlichem Engagement zur Verfügung stellen?

„Nahe Themen“ und gesellschaftspolitische Relevanz

Es gibt im Hinblick auf die Beteiligung Älterer auf Quartiersebene eine Reihe von Beispielen für die Entwicklung von Kommunikation und Partizipation. Auf die kritische Frage nach der Relevanz solcher Aktivitäten ist zunächst einmal zu entgegnen, dass hier Ältere als Akteure in ihrer Lebenswelt öffentlich aktiv geworden sind, die vielfach vorher nur in privaten oder kirchlichen und verbandlichen Zusammenhängen Teilhabe an stadtteilbezogener Kommunikation hatten.

Jedoch hängt der Grad gesellschaftlicher Wirksamkeit Älterer bei der Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Lebensbedingungen in ihrem Wohnquartier in hohem Maße davon ab, inwieweit es gelingt, die ‚nahen Themen‘ mit gesellschaftspolitisch relevanten Fragen zu verbinden. So stehen beispielsweise viele ‚nahe Themen‘ der Quartiersentwicklung in einem relativ engen Zusammenhang mit stadtpolitischen Entscheidungen, den es allerdings auch herzustellen gilt: Um den Einsatz von bürgerschaftlichem Engagement für eine altersgerechte Gestaltung des Quartiers zu stärken, ist eine Unterstützung durch professionelle Akteure sinnvoll.

Die Förderung von Quartiermanagement fällt in den Bereich freiwilliger Aufgaben der Kommunen, womit sich die Frage nach den Prioritäten in der Stadtpolitik und damit verbunden die nach ihrer Finanzierung stellt. Für die Moderation von Diskussions- und Beteiligungsforen vor Ort und für konkrete Projekte könnte beispielsweise ein Verfügungsfond eingerichtet werden, wie dies im Rahmen des Programms *Soziale Stadt* vorgesehen ist. Wenn jedoch selbst kleinere konkrete Vorschläge wie die Schaffung von mehr Sitzgelegenheiten oder mehr Licht an Grenzen stoßen, fragt sich, warum dafür kein Geld vorhanden ist, während für die sogenannten ‚Leuchtturmprojekte‘ in den Kommunen große Summen zur Verfügung gestellt werden. So stehen auch Maßnahmen wie die Taktung von Ampelschaltungen oder die Anbindung der Wohnquartiere an den öffentlichen Nahverkehr im kommunalen Verkehrskonzept im Zusammenhang mit Prioritätendebatten.

Hinweise aus Praxisprojekten, die sich mit der Entwicklung von sozialen Lagen und Inklusion im Wohnquartier befassen, verdeutlichen die Möglichkeiten, die sich aus der Verknüpfung von konkretem Handeln und gesellschaftspolitischer Diskussion ergeben. In einigen Großstädten bilden sich auf Stadtteilebene agierende Arbeitskreise, die sich mit dem Thema Armut beschäftigen, in denen auch Ältere aktiv sind. Hier steht die Sicherung der Teilhabemöglichkeit aller Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils auf der Tagesordnung. Naheliegend ist, Mittagstische mit günstigen Preisen oder auf Spendenbasis zu organisieren, und zwar möglichst durch die Nutzung von bereits vorhandenen Angeboten, wie Kantinen von Krankenhäusern, Altenpflegeheimen oder Unternehmen, um Diskriminierung zu vermeiden. Naheliegend ist ferner die Unterstützung von Kinder- und Jugendlichen in benachteiligten Lebensverhältnissen, z.B. durch die Finanzierung von Freizeitangeboten. Auch die Organisation gemeinsamer Kulturbesuche zu den zentralen Angeboten im Zentrum der Stadt, an denen diejenigen teilnehmen können, die nicht über die Eintrittsgelder oder das Geld für die Busfahrkarten verfügen, gehört zu diesen ‚nahen Themen‘.

Thematisch weitgehender wird es, wenn diese Form konkreter Unterstützung mit Fragen hinsichtlich des Einsatzes von Steuergeldern für sozialen Ausgleich verknüpft wird: so z.B. für Wohnen in Gemeinschaft wieder verstärkt ‚Sozialen Wohnungsbau‘

zu fördern, Sozialtickets mit realistischen Preisen zu ermöglichen und Kinder- und Jugendeinrichtungen besser auszustatten. Eine solche Verknüpfung von konkretem bürgerschaftlichen Engagement für die Menschen im Wohnquartier mit Forderungen an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, ihrerseits Strukturen für Teilhabe zu schaffen, ermöglicht eine Politisierung der Akteure im Prozess. Dies zu unterstützen ist auch eine Herausforderung an die Bildungsarbeit in den Quartieren.

Die Beteiligung an der Gestaltung des eigenen Wohnquartiers ist eine gute Möglichkeit für bürgerschaftliches Engagement im Alter. Dabei geht es sowohl darum, „selber Hand anzulegen“ als auch kritisch nach den Prioritätensetzungen in Politik und Verwaltung zu fragen. Auf diese Weise kann der Anspruch eingelöst werden, der mit dem „Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit“ (Oelschlägel 1997, S. 37) bei der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt zugrunde liegt: „Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend die Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen“ (ebenda).

Literatur

Böhnisch, Lothar (2008), Sozialpädagogik der Lebensalter, Weinheim und München

Grimm, Gaby / Knopp, Reinhold / Nell, Karin / Stelling, Christa / Winter, Gabriele (2006), WohnQuartier⁴ – Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten, Düsseldorf, Essen

Knopp, Reinhold (2009), Sozialraumerkundung mit Älteren. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Methodenbuch Sozialraum, Wiesbaden, S. 155-164

Knopp, Reinhold / Nell, Karin (2010), Keywork⁴ – ein neuer Ansatz für ein bürgerschaftliches Engagement mit Eigensinn. In: Dreyer, Matthias / Wiese, Rolf (Hrsg.): Das offene Museum, Ehestorf, S. 67-86

Lessenich, Stephan: Lohn und Leistung, Schuld und Verantwortung: Das Alter in der Aktivgesellschaft. In: van Dyk, Silke / Lessenich, Stephan (Hrsg.) (2009), Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur, Frankfurt, New York, S. 279-295

Oelschlägel, Dieter (1997), Der Auftrag ist die Gestaltung von Lebensverhältnissen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 3/97, S. 37-40

www.oecd.org/dataoecd/45/27/41525386.pdf Zugriff 27.12.11

Prof. Dr. Reinhold Knopp, FH Düsseldorf, FB Sozial- und Kulturwissenschaften

Kontakt: reinhold.knopp@fh-duesseldorf.de